

# 70 Jahre Sozialpartnerschaft in Österreich

1946–2016

**ZUKUNFT GEMEINSAM GESTALTEN**

## » SOZIALPARTNER – GESTALTER DES WANDELS

- **1940er:** Nachkriegszeit  
1945/46: Gründung der Sozialpartner-Organisationen
- **1950er:** Wiederaufbau
- **1960er:** Vollbeschäftigung - Migration – „Gastarbeiter“ in Österreich
- **1970er:** Auf- und Umbrüche in der modernen Gesellschaft
- **1980er:** Fall des Eisernen Vorhangs (1989)
- **1990er:** EU-Beitritt Österreich, Schweden, Finnland (1995)
- **2000er:** Finanz- und Wirtschaftskrise
- **2010er:** Digitalisierung – Modernisierung



## » 1940er Jahre – NACHKRIEGSZEIT



### **Kooperation statt Konfrontation**

### **Auf der Suche nach neuen Wegen**



Die nach dem Krieg gegebene grundsätzliche Bereitschaft, „an einem Strang zu ziehen“ beruhte auf den traumatischen Erfahrungen der Vergangenheit. Es entstand eine neue Qualität der Dialog- und Gesprächsbereitschaft.

Quelle: ÖGB Archiv,  
Foto USIS

# » 1945/46 – GRÜNDUNG DER SOZIALPARTNER-ORGANISATIONEN

## Aufbruch aus den Trümmern

Gründung und Wiedererrichtung der Interessenvertretungen als Basis für sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit

### Gründung der Sozialpartner-Organisationen

- Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft
- Österreichischer Arbeiterkammertag
- Österreichischer Gewerkschaftsbund
- Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammer



# 1945/46 – GRÜNDUNG DER SOZIALPARTNER-ORGANISATIONEN



## Gründung ÖGB

15. April 1945

Das Gründungspräsidium des ÖGB

Lois Weinberger, Johann Böhm, Gottlieb Fiala  
(von links).

Quelle: ÖGB Archiv, Foto Zvacek.



## Gründung AK

20. Juli 1945

Bild: Konstituierende Sitzung der Wiener AK am  
25. August 1945.

Andreas Korp, Adolf Schärf, Karl Renner, Karl Seitz  
(von links).

Quelle: ÖGB Archiv, Foto Zvacek.





# 1945/46 – GRÜNDUNG DER SOZIALPARTNER-ORGANISATIONEN



## Gründung Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft

24. Juli 1946

Bild: Julius Raab, Kammertag 1961

© WKÖ

Quelle: WKÖ Archiv; Raab Nachlass; Fotos Karton B, Mappe 22.

## Gründung der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern

10. Jänner 1946



# » 1950er: WIEDERAUFBAU

# Österreich ist frei !



Einzelpreis: S 1'10

Erfolgreiche Arbeit in der Gesetzgebung (Seite 2)

# Wiener Zeitung



Gegründet 1703 / Nr. 61

Mittwoch, 13. März 1957

Redaktion: III., Rennweg 16; Druck: Österreichische Staatsdruckerei, III., Rennweg 16; Tel. M 15 0 46; Nachschaltung ab 22 Uhr: Tel. M 15 0 31 u. M 15 0 43; Nachtexpedit: Tel. M 15 0 42; Fernschreiber TW 18 06

Einzelpreis S 1'10, an Sonn- u. Feiertagen S 1'20. Monatsabonnement S 28'—, mit B. G. Bl. S 34'35, für das Ausland ohne Bundesgebühr S 37'—, mit S 40'50; Postsparkassenkonto Wien Nr. 178

Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei

### Wohin am Sonntag?

von Erwin Benesch — 2. Auflage  
Dieses preiswerte Wanderbüchlein enthält eine Auswahl von Ausflügen vom Kahlengebirge bis zu den Ennstaler Alpen. Mit zwölf Übersichtsskizzen, Tabellen der Fahrpreise der Österreichischen Bundesbahnen und der staatlichen Kraftfahrbetriebe. Umfang 208 Seiten, Format 12 x 16,5 cm, broschiert 15 S

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und durch die Verkaufsstelle der „Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung“, Wien, I., Wollzeile 27 a

## Ämtliche Personalnachrichten

Der gemäß Artikel 64 des Bundes-Verfassungsgesetzes die Funktionen des Bundespräsidenten ausübende Bundeskanzler hat verliehen:

mit Entschließung vom 11. II. dem Inspektionsrat der Landwirtschaftskammer für Niederösterreich und Wien Walter Pieban anlässlich der Versetzung in den dauernden Ruhestand das Goldene Verdienst-

# Aufrechterhaltung eines stabilen Preisgefüges

## Wichtige Beschlüsse des Ministerrates auf Grund eines Berichtes des von der Wirtschaftskommission in der Vorwoche eingesetzten Unterkomitees

Der Ministerrat traf gestern zu seiner dieswöchigen Sitzung zusammen. Wie darüber amtlich bekanntgegeben wird, be-

auf die Leistungsfähigkeit der durch sie betroffenen Wirtschaftszweige und Bevölkerungskreise Bedacht zu nehmen sein; die der-

Öffentlichkeit in geeigneter Form zu unterrichten.

Der Ministerrat hat ferner beschlossen, die drei Kammern und den Gewerkschaftsbund darüber in Kenntnis zu setzen, daß die Bundesregierung entschlossen ist, bei Gruppen, die sich in Wahrnehmung von Sonderinteressen dem von ihr vorgeschlagenen Verfahren entziehen, keine Rücksichtnahme zu üben; dort wo die Verletzung der geforderten freiwilligen Disziplin festzustellen ist, wird die Bundesregierung zollhandels- und sonstige wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Anwendung bringen, um die Aufrechterhaltung des Preisgefüges zu sichern.

Die Bundesregierung erwartet dagegen vom Österreichischen Gewerkschaftsbund, daß neue Anträge auf Lohn- und Gehaltsregelungen an die Arbeitgeberorganisationen erst gestellt werden, sobald im Rahmen einer paritätischen Kommission sowohl die Höhe der Forderung als auch ihre Dringlichkeit überprüft wurden. Die Kommission wird festlegen, ob die Kollektivvertragspartner in Verhandlungen einzutreten haben. Die gleiche Kommission ist berufen

# Die Sozialpartner halten das Lohn- und Preisgefüge im Lot

schauungskammern Österreichs das dringende Ersuchen zu richten, in ihrem Bereich alle Vorkehrungen zu treffen, um im laufenden Jahr die Aufrechterhaltung eines stabilen Preisgefüges zu gewährleisten.

Inbesondere sollen die Letztverbraucherpreise für Mehl und Mehlprodukte (Brot, Kleingebäck, Grieß), für Zucker, für Milch und Milchprodukte unverändert bleiben, die Detailabgabepreise für Speisefette und für Fleisch und Fleischwaren stabilisiert und die Obst- und Gemüsepreise, die im Jahre 1956 durch ungünstige Witterungsverhältnisse eine starke Erhöhung erfahren, im

ihrem allfälligen Wirksamwerden unter gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten zu prüfen. Die hierfür in Betracht kommenden Erzeugnisse sollen in einer einvernehmlich aufzustellenden Liste erfasst werden. Darüber hinaus ist auf Antrag einer der drei Kammern oder des Gewerkschaftsbundes die Preisentwicklung der übrigen industriellen oder gewerblichen Erzeugnisse zu untersuchen.

Der Unterausschuß wird bei seiner Tätigkeit zu beachten haben, daß Preisserhöhungen nur dann gerechtfertigt erscheinen, wenn unerlässliche Kostenerhöhungen eingetret-

schuldozenten für Baustatik und Stahlbau an der Technischen Hochschule in Graz Dipl.-Ing. Dr. techn. Fritz Reinitzhuber und dem Hochschuldozenten für das Fachgebiet „Die wirtschaftlichen Grundlagen der allgemeinen Wasserwirtschaft“ an der Technischen Hochschule in Wien Dipl.-Ing. Dr. techn. Oskar Vas den Titel außerordentlicher Hochschulprofessor.

## Vorsprache beim Bundeskanzler

Vertreter des Österreichischen Kameradschaftsbundes und der Internationalschenschaft



# 1950er: WIEDERAUFBAU

## 1947–1951

Die fünf **Lohn-Preis-Abkommen** repräsentieren die ersten freiwilligen Vereinbarungen der Sozialpartner.

- Mit den Lohn-Preis-Abkommen versuchte die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern, die damals herrschende Stagflation (Inflation und Rezession) zu bekämpfen.

## 1957: Errichtung der „Paritätischen Kommission Lohn- und Preisfragen“

- Initiative des vormaligen Präsidenten der Bundeswirtschaftskammer und damaligen Bundeskanzlers Julius Raab und des ÖGB-Präsidenten Johann Böhm.
- In der Paritätischen Kommission waren die Spitzenrepräsentanten der Regierung und der vier großen Interessenverbände vertreten.
- Ursprüngliche Aufgabe der Paritätischen Kommission war es, die Notwendigkeit von Preis- und Lohnerhöhungen zu prüfen.
- In den Unterausschüssen der Kommission erfolgte die Erarbeitung von Strategien und Maßnahmen sowie allfälliger Konfliktlösungen.



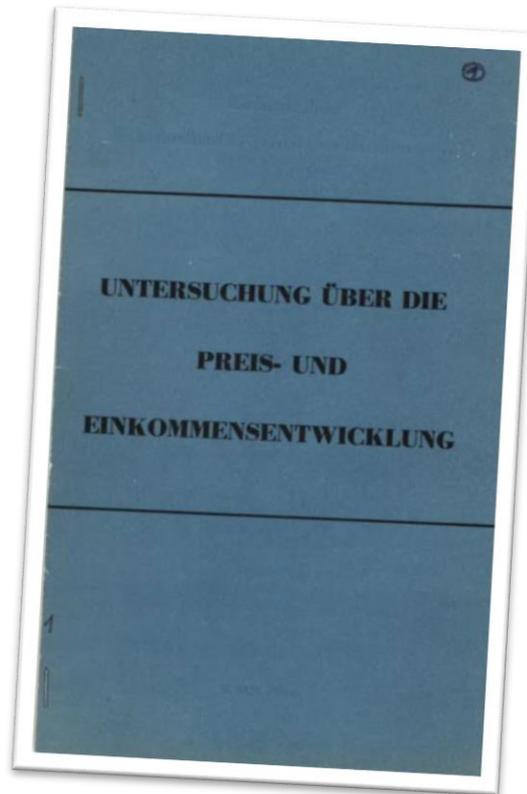
Quelle der Abbildung: Drochter, Karl, Mrkvicka, Franz (Hg.): Sozialpolitik in Österreich seit 1848. Wien 1994, Folie C 4.

## » WIEDERAUFBAU

**1963:** Gründung des „**Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen**“ zur Versachlichung der wirtschaftspolitischen Diskussion durch Studien und Expertise.



**Die ersten beiden  
Beiratsstudien 1964:**





# 1960er: VOLLBESCHÄFTIGUNG – MIGRATION – „GASTARBEITER“ IN ÖSTERREICH



## 40.000 Fremdarbeiter dürfen nach Oesterreich

Aber es werden kaum so viele aufreisen sein

Die österreichische Arbeitskräfte Österreich verlassen. Die Bundesregierung soll die Zahl von Fremdarbeitern im nächsten Jahr auf 40.000 beschränken. Die Bundesregierung soll die Zahl von Fremdarbeitern im nächsten Jahr auf 40.000 beschränken. Die Bundesregierung soll die Zahl von Fremdarbeitern im nächsten Jahr auf 40.000 beschränken.

**Krolls Geheimnis: Direktverhandlungen**

Die Bundesregierung hat am 21. Dezember dem Bundesrat den Entwurf eines Gesetzes über die Beschäftigung von Fremdarbeitern vorgelegt. Das Gesetz soll die Beschäftigung von Fremdarbeitern im nächsten Jahr auf 40.000 beschränken.

Quelle der Fotos: ÖGB-Archiv,  
Foto Kammler  
Faksimile links: Arbeiter-  
Zeitung, 9.1.1962  
Quelle: [www.arbeiterzeitung.at](http://www.arbeiterzeitung.at)

# Ziel der Vollbeschäftigung erreicht

## » 1960er: VOLLBESCHÄFTIGUNG – MIGRATION – „GASTARBEITER“ IN ÖSTERREICH

### **Ausländische ArbeitnehmerInnen sollten heimischen Arbeitskräftemangel ausgleichen**

Durch den wirtschaftlichen Aufschwung ab Mitte der 1950er Jahre stieg die Nachfrage nach Arbeitskräften. Um dem Arbeitskräftemangel in Zeiten der Hochkonjunktur entgegenzuwirken, wurden Arbeitskräfte aus anderen Ländern angeworben.

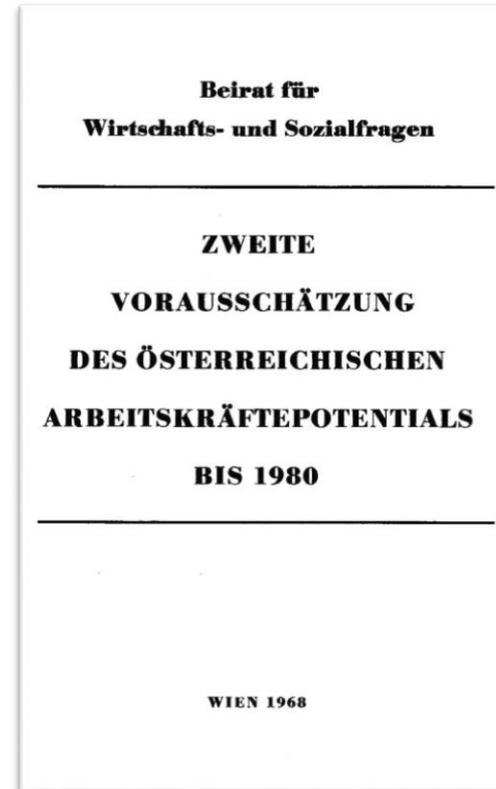
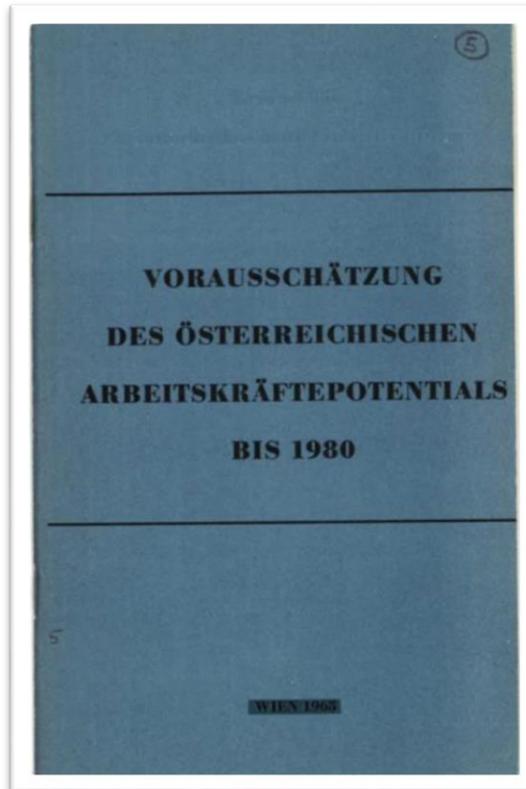
#### **1961: Raab-Olah-Abkommen**

- Den Grundstein für den Zuzug von GastarbeiterInnen nach Österreich bildete das Raab-Olah-Abkommen, das 1961 vom damaligen Präsidenten der Bundeswirtschaftskammer Julius Raab und dem Präsidenten des Gewerkschaftsbundes Franz Olah ins Leben gerufen wurde. Ziel war es, die Zulassung von ausländischen Arbeitskräften am Arbeitsmarkt zu erleichtern.
- Aufbauend auf dem Raab-Olah-Abkommen wurden in den 1960er Jahren zwischenstaatliche Verträge geschlossen, um die Anwerbung von GastarbeiterInnen zu institutionalisieren und kontrollierbar zu machen.
- Am 15. Mai 1964 wurde das Anwerbe-Abkommen zwischen Österreich und der Türkei unterzeichnet.

# » 1960er: VOLLBESCHÄFTIGUNG – MIGRATION – „GASTARBEITER“ IN ÖSTERREICH



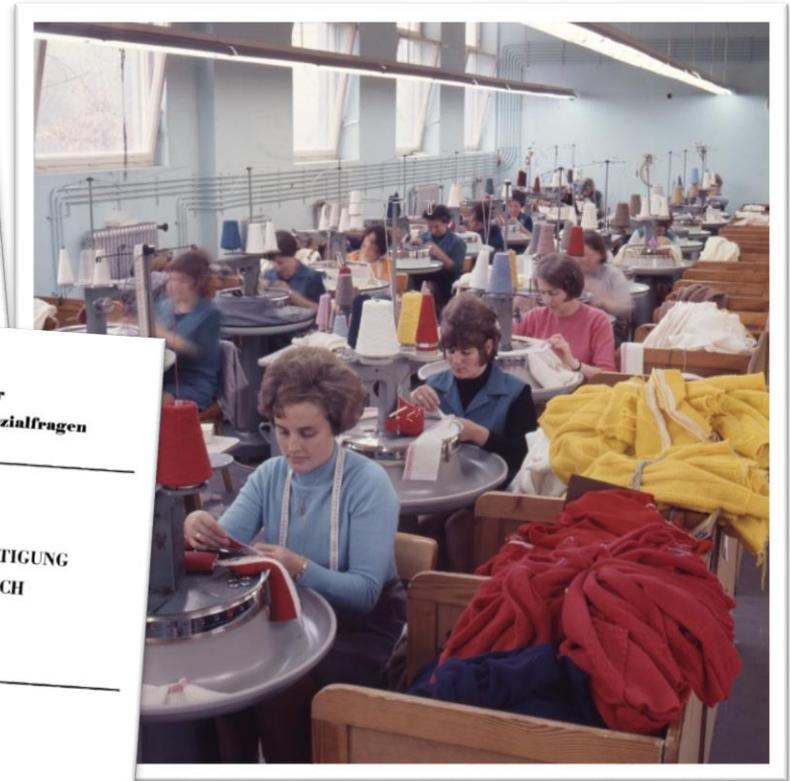
Beiratsstudien zum Thema:



# » 1970er: AUF- UND UMBRÜCHE IN DER MODERNEN GESELLSCHAFT



© moodboard/Corbis  
Quelle: WKÖ, Bilderpool



Quelle: ÖGB Bildarchiv, Foto Kammler

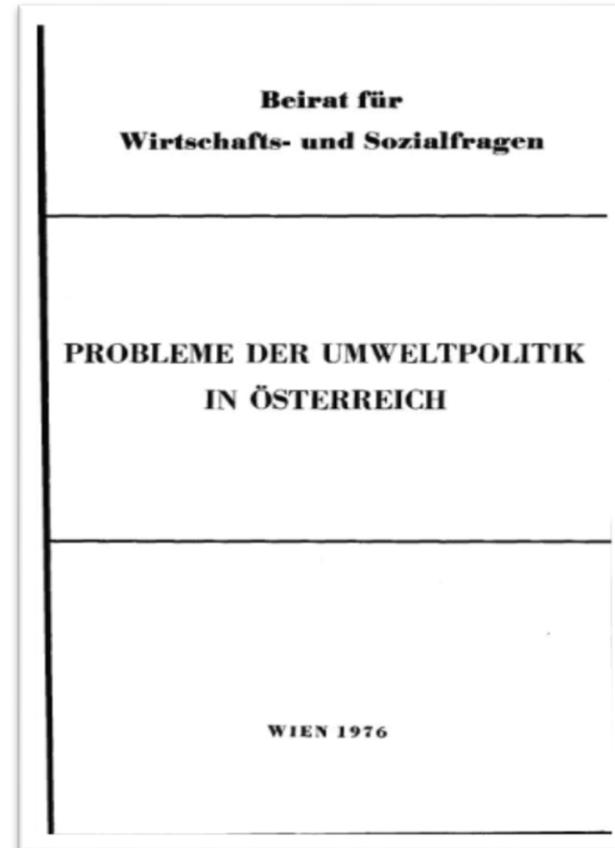
## Frauenbeschäftigung

# » 1970er: AUF- UND UMBRÜCHE IN DER MODERNEN GESELLSCHAFT

## Umweltpolitik



Beiratsstudie zum  
Thema:



## » 1980er: FALL DES EISERNEN VORHANGS (1989)

# Österreich rückt in die Mitte eines neuen Europas



## » 1980er: FALL DES EISERNEN VORHANGS (1989)

### Fall des eisernen Vorhangs

Im Herbst 1989 versammelten sich DDR-BürgerInnen und demonstrierten friedlich gegen Unfreiheit, Bespitzelung und staatliche Repressionen. Sie gingen für Selbstbestimmung, Meinungs- und Reisefreiheit auf die Straße. Am Abend des 9. November 1989 wurde die Berliner Mauer unter dem wachsenden Druck der mehr Freiheit fordernden DDR-Bevölkerung geöffnet.

Der Mauerfall stellte die sichtbarste Erscheinung des Falles des „Eisernen Vorhangs“ und des kommunistischen Systems in Osteuropa dar. Er ebnete den Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands und zur Überwindung der Teilung Europas.



**Beiratsstudie zum  
Thema:**



» 1990er: EU-Beitritt Österreich, Schweden, Finnland (1995)

The background of the slide is the flag of the European Union, featuring twelve yellow five-pointed stars arranged in a circle on a blue field. A red horizontal bar is positioned at the bottom of the slide, containing white text.

**Ein neuer Handlungsrahmen für die Sozialpartner**

# » 1990er: EU-Beitritt Österreich, Schweden, Finnland (1995)

## EU-Beitritt 1995

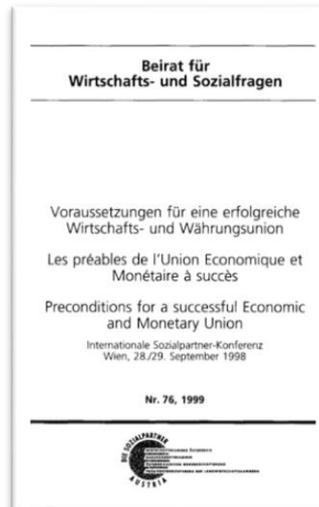
Der EU-Beitritt wurde von den Sozialpartnern selbst aktiv unterstützt und vorangetrieben.



- Bereits ab 1984 befassten sich die Sozialpartner mit Fragen einer Binnenmarkt- und EU-Integration.
- Im Zuge der EU-Beitrittsdebatte trugen die Sozialpartner wesentlich zur Meinungsbildung der Bevölkerung zugunsten des Beitritts bei.
- Einige sozialpartner-relevante Materien wurden auf die Gemeinschaftsebene übertragen: Agrar-, Wettbewerbs-, Außenhandelspolitik, sowie Teile der Sozial- und Umweltpolitik.
- Einbindung der österreichischen Sozialpartner in den europäischen Sozialen Dialog.

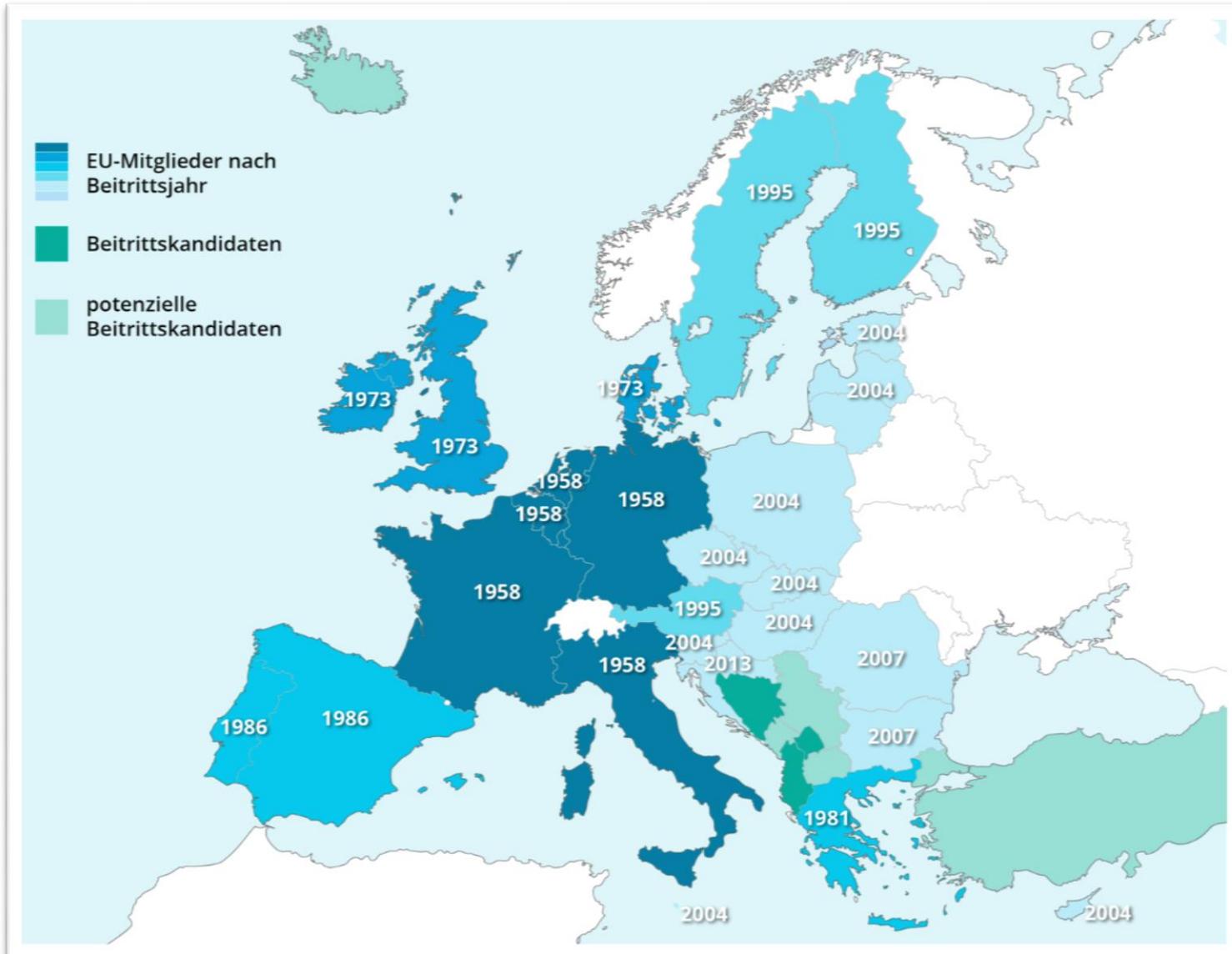


**Beiratsstudien  
zum Thema:**





# 1990er: EU-Beitritt Österreich, Schweden, Finnland (1995)



Quelle: Eigene Darstellung

## » 2000er: FINANZ- UND WIRTSCHAFTSKRISE

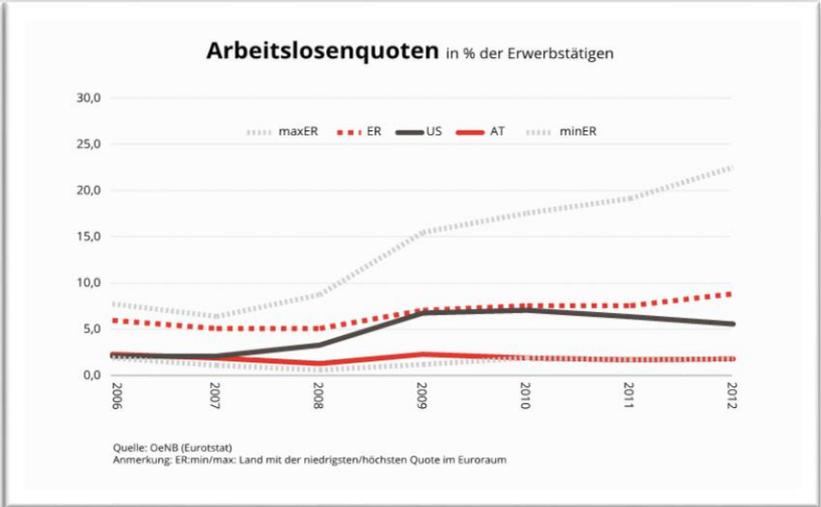
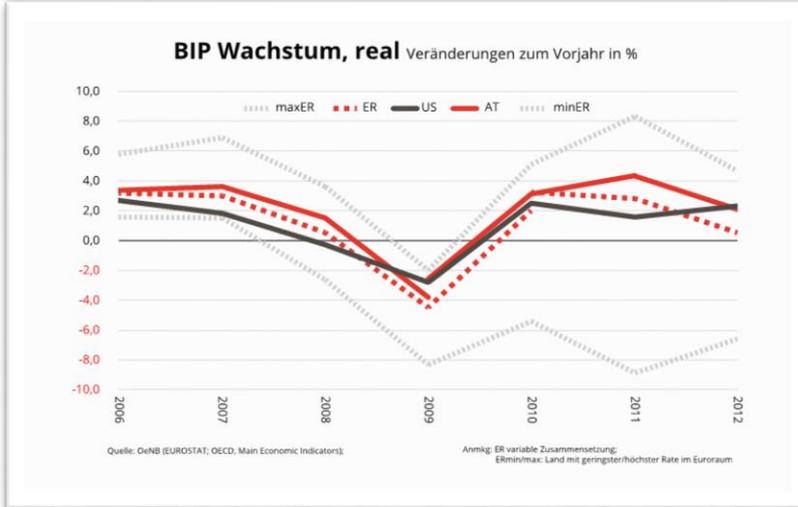
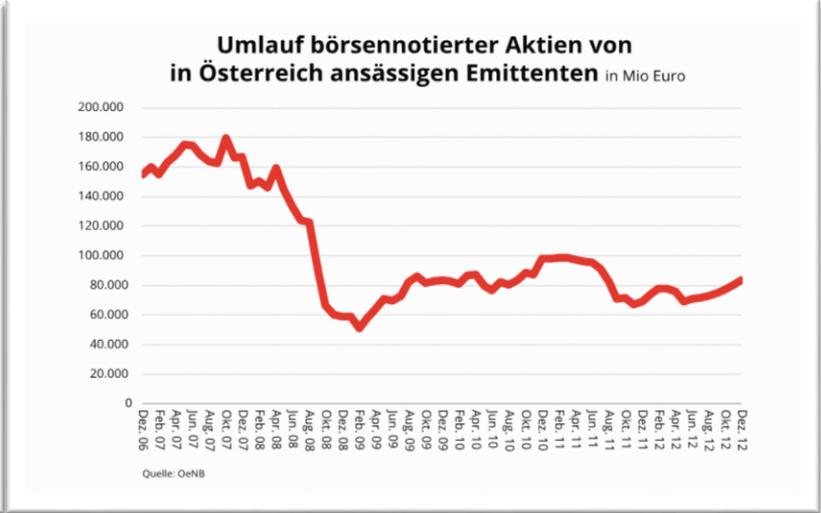
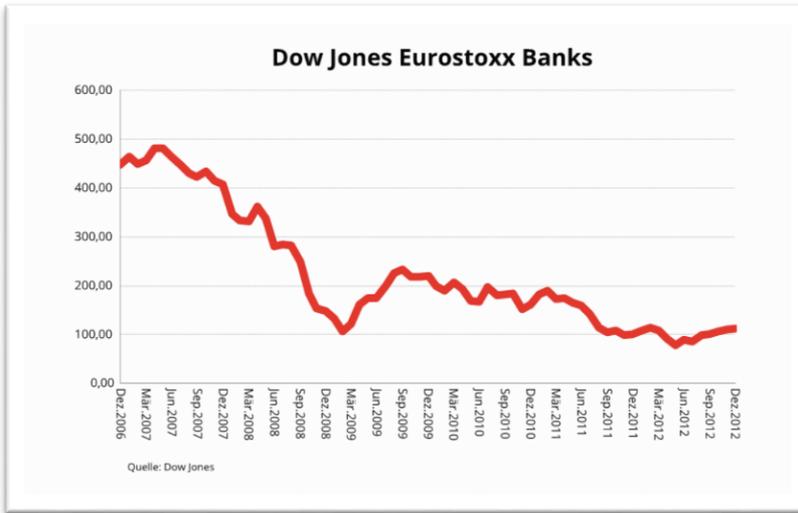
Quelle: <https://pixabay.com/de/finanzkrise-b%C3%B6rse-tendenz-symbol-544944/>



**Krise gemeinsam gemeistert**

**Sozialpartner als stabilisierender Faktor**

# » 2000er: FINANZ- UND WIRTSCHAFTSKRISE



## » 2000er: KRISE – FINANZKRISE

### Wirtschafts- und Finanzkrise 2009

- Sozialpartnerschaftliche Politikansätze haben erfolgreich zur Krisenbewältigung beigetragen.
- Ziel war es,
  - die Unternehmen und ihre Beschäftigten möglichst schadlos aus der Krise herauszuführen
  - die Zeit gut zu nutzen, um auch für die Zeit nach der Krise gut gerüstet zu sein.
- Erfolgreiche Initiativen der Sozialpartner:

#### Kurzarbeit – Konjunkturprogramme – Bildungskarenz



Generell haben Länder, die die Krise gut gemeistert haben, **stabile soziale Institutionen**.

- Dazu gehören Österreich, Deutschland und die Schweiz.

» **Stabilität** ist zu einem Wettbewerbsvorteil für Österreich geworden.

» Gewerkschaften und Unternehmer sind daran gewöhnt, miteinander zu sprechen. Das ist ein Vorteil im Vergleich zu anderen Ländern.



# ERSTER BAD ISCHLER DIALOG 2006



## » 2010er: DIGITALISIERUNG – MODERNISIERUNG

**Zukunft gemeinsam gestalten**

# » 2010er: DIGITALISIERUNG – MODERNISIERUNG



## Digitalisierung von Wirtschaft und Arbeitswelt

- Der digitale Wandel geht mit einer umfassenden Transformation einher
  - und wird Gesellschaft, Wirtschaft, und Arbeitswelt in Zukunft noch stärker und nachhaltig beeinflussen.
- Die Sozialpartner haben sich im Rahmen des **Bad Ischler Dialogs 2015** umfassend mit Aspekten rund um die „Digitale Wirtschaft und Arbeitswelt“ beschäftigt.



# » DIE ÖSTERREICHISCHEN SOZIALPARTNER WERDEN AUCH DIE...

## Zukunft gemeinsam gestalten

